

Kurzprotokoll der gemeinsamen Sitzung der projektbegleitenden Arbeitskreise der Länder Berlin und Sachsen-Anhalt am 25. Februar 2004

Die länderübergreifende Sitzung der projektbegleitenden Arbeitskreise Berlin und Sachsen-Anhalt fand am 25. Februar 2004 in den Räumlichkeiten der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH) statt.

Neben der Projektgruppe nahmen insgesamt 16 Vertreter von Behörden und Organisationen im Zivil- und Katastrophenschutz der Modellregionen an diesem Treffen teil:

- *Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt*
- *Brand- und Katastrophenschutzschule Heyrothsberge*
- *Senatsverwaltung für Inneres Berlin*
- *Berliner Feuerwehr Psychosozialer Dienst & Flughafenfeuerwehr Berlin*
- *Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales & Verbraucherschutz Berlin*
- *Bundesanstalt Technisches Hilfswerk Länderverband Berlin & Brandenburg sowie Länderverband Sachsen-Anhalt*
- *Arbeiter-Samariter-Bund Ortsverband Halle/ Saale sowie Landesverband Sachsen-Anhalt & Landesverband Berlin e.V.*
- *Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Sachsen-Anhalt*
- *Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. Landesverband Sachsen-Anhalt & Thüringen sowie*
- *die Provinzialpfarrerin für Polizei- und Notfallseelsorge Sachsen-Anhalt.*

Gastreferent:

- *Malteser Hilfsdienst, Köln und Malteser Hilfsdienst e.V. Diözesan- und Landesgeschäftsstelle Berlin*

Ein wesentliches Ziel des Treffens war es, den Stand der Vernetzung und Vernetzungsbestrebungen in beiden Bundesländern sowie die Praktikabilität von Standards, die als Zwischenergebnis bisheriger Forschungsarbeit des Projekts erarbeitet wurden, aus Sicht der Vertreter der Arbeitskreise zu diskutieren. Deutlich wurde, dass in Sachsen-Anhalt Regelungen für die Nachsorge der Opfer und Angehörigen bereits existieren und z.T. angewendet werden, für den Bereich Einsatzkräftenachsorge aber noch Defizite erkennbar sind. In Berlin ist der Bereich Einsatzkräftenachsorge, insbesondere bei der Berufsfeuerwehr, gut strukturiert und organisationsintern eingebunden, wogegen für die Opfer- und Angehörigenbetreuung klare Regelungen für die strukturelle Einbindung, insbesondere von ehrenamtlichen Kriseninterventionsteams und einzelner PSNV-Fachkräfte, noch erarbeitet werden müssen.

Ein weiterer Diskussionspunkt war die Einführung von Ausbildungsstandards für die psychosoziale Notfallversorgung. In Berlin werden Bestrebungen von Vertretern der Notfallseelsorge, des Malteser-Hilfsdienstes und der Johanniter-Unfall-Hilfe deutlich, eine Zusammenarbeit zwischen Kriseninterventionsteams und der Notfallseelsorge hinsichtlich einer Standardisierung der Ausbildung für die psychosoziale Notfallversorgung zu regeln. In diesem Zusammenhang wurde auch diskutiert, ob der Bund, die Länder oder andere Instanzen (wie die Spitzen der Hilfsorganisationen etc.) eine Festlegung von Ausbildungsstandards übernehmen können.

Methoden und Inhalte in der primären Prävention wurden zunächst am Beispiel der Ausbildungsmodule der Brand- und Katastrophenschutzschule Heyrothsberge vorgestellt. Die Schule integriert bereits seit 1993 psychosoziale Aspekte im Einsatz in die Aus- und Fortbildung von Einsatz- und Führungskräften freiwilliger und beruflicher Feuerwehren. Die Frage, ob Einsatzkräfte der freiwilligen und beruflichen Feuerwehren in einem Kurs, also gemeinsam ausgebildet werden sollten oder nicht, wurde im Podium diskutiert. In Berlin werden für

den Feuerwehrdienst z.B. unterschiedliche Lehrgänge zu Stressbewältigung, Zeitmanagement usw. angeboten. Erfahrungen zu verschiedenen Ausbildungsmethoden wurde zwischen den Vertretern der Arbeitskreise ausgetauscht. Die Berliner Vertreter der Feuerwehr äußerten einen dringenden Handlungsbedarf, stärker auch Angebote für freiwillige Feuerwehren in der Ausbildung vorzuhalten.

Anschließend wurde das Mediatoren-Modell des Malteser-Hilfsdienstes im Rahmen eines Vortrags durch Herrn Werner Müller präsentiert. Diesem Modell zufolge stellt der Mediator gleichzeitig einen Peer und einen sozialen Berater für die Einsatzkräfte dar, der selbst aktive Einsatzkraft ist. Neben dem Mediatorenmodell entwickelte der MHD ein Konzept zum Aufbau von KIT und NFS für Opfer und Angehörigen in Nordrhein-Westfalen. Auch in diesem Zusammenhang wurden Mindeststandards, die Qualifikation und Finanzierung der Aus-, Fort- und Weiterbildung im Rahmen der psychosozialen Notfallversorgung diskutiert.

Zuletzt wurden Möglichkeiten zur Umsetzung von Empfehlungen zur strukturellen Einbindung psychosozialer Notfallversorgung auf Landes- sowie Bundesebene diskutiert, die als Zwischenergebnisse des Forschungsprojekts vorgestellt wurden. Die Empfehlungen wurden sowohl im Ansatz wie in den Lösungsperspektiven von den Teilnehmern begrüßt. Insbesondere wurde betont, dass es zu gemeinsamen Vereinbarungen nur kommen würde, wenn sich die Empfehlung auf "Mindest"standard und -vorgaben beschränkte. Präzisierungen und Hinweise an den Kreis der Teilnehmer wurden in den abschließenden Empfehlungen berücksichtigt.

Als Termin für das nächste Treffen, gemeinsam mit dem projektbegleitenden Arbeitskreis Sachsen-Anhalt, ist für den 22. Juni 2004 geplant.